

An das  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Frau Petra Pau  
Platz der Republik 1

11011 Berlin

Betr.: Schriftliche Fragen für den Monat Februar 2005  
hier: Frage Nr. 2/198

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

Ihre Frage:

***Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Forderungen der afrikanischen Staats- und Regierungschefs vom 30. Januar 2005 zu unterstützen und es zu ermöglichen, dass sich die Regierung und die Opposition der Republik Côte d' Ivoire auf die Suche nach einem demokratischen Neubeginn, ohne Einmischung von außen und nach Interessenausgleich in Achtung vor der Verfassung des Landes machen können?***

beantworte ich wie folgt:

Die Bundesregierung hat sich seit Ausbruch der Krise in der Côte d'Ivoire für die Umsetzung der in den Abkommen von Linas-Marcoussis vom 24. und 26. Januar 2003 und von Accra vom 30. Juli 2004 (sogenanntes Accra III-Abkommen) enthaltenen Forderungen eingesetzt. Sie ist der Auffassung, dass nur eine vollständige Umsetzung dieser Abkommen zu einem echten Neubeginn in der Côte d'Ivoire auf der Grundlage einer dauerhaften Versöhnung der jetzigen Bürgerkriegsparteien führen kann.

Diese Position hat die Bundesregierung sowohl durch zahlreiche bilaterale Gespräche mit Staatspräsident Gbagbo und anderen ivoirischen Entscheidungsträgern als auch im Rahmen von VN und EU deutlich gemacht.

In Abidjan trägt Deutschland als derzeitige lokale EU-Präsidentschaft und als ex-officio-Mitglied im Monitoring-Komitee des Abkommens von Linas-Marcoussis besondere Verantwortung. In den Vereinten Nationen hat Deutschland insbesondere während seiner Mitgliedschaft im Sicherheitsrat bei Diskussionen zur Lage in der Côte d'Ivoire besonderes Profil gezeigt. Die Übernahme des Vorsitzes im Côte d'Ivoire-Sanktionsausschuss am Ende der deutschen Mitgliedschaft im Sicherheitsrat ist ein deutliches Zeichen dieses Engagements.

Im Bewusstsein, dass der innerivorische Konflikt am erfolgversprechendsten durch ein Engagement der Afrikaner selbst gelöst werden kann, unterstützt die Bundesregierung nachdrücklich die Konfliktlösungsbemühungen der Afrikanischen Union und in diesem Kontext insbesondere die Vermittlungsmission des südafrikanischen Präsidenten Thabo Mbeki.

Darüber hinaus trägt die Bundesregierung mit einem substanziellen finanziellen Beitrag zur Stationierung der Friedenstruppen der Vereinten Nationen in der Côte d'Ivoire bei.

Mit freundlichen Grüßen

*Shr*  
*Wolfgang Gerhardt*